

Stadt Innsbruck realisiert Konzept für die Langzeitarchivierung elektronischer Dokumente

Baupläne sicher archivieren

Wenn es um die Archivierung elektronischer Dokumente geht, hat sich das PDF/A-Format mittlerweile gegenüber herkömmlichen Dateiformaten wie Tiff oder Jpg durchgesetzt. Auch die Stadt Innsbruck nutzt PDF/A seit Kurzem, unter anderem für die sichere Archivierung von Bauplänen. Die Erfahrungen sind durchweg positiv.

Bisher genutzte Dateiformate für die Aufbewahrung elektronischer Dokumente haben den Nachteil, dass sie nicht volltextfähig sind und überdies nicht den Ansprüchen an eine revisionssichere Archivierung genügen. Das PDF/A-Format löst diese Probleme: Es basiert auf PDF, das als modernes und funktionsreiches Format seit langem bekannt und verbreitet ist. PDF/A unterstützt Farbe, Volltextfähigkeit und Metadaten und bietet als ISO-Standard maximale Sicherheit für die Anwender. So soll eine langfristige Lesbarkeit der Dokumente garantiert sein – und zwar unabhängig davon, mit welcher Anwendungssoftware und auf welchem Betriebssystem sie ursprünglich erstellt wurden.

Nachteil: Erhöhter Arbeitsaufwand

Die Schaffung des PDF/A-Formates geht auf eine Initiative amerikanischer Gerichtsbarkeiten im Jahr 2002 zurück. 2008 wurde es von der International Organization for Standardization (ISO) als Standard für die Langzeitarchivierung anerkannt. Der Standard schreibt detailliert vor, welche Inhalte erlaubt sind und welche nicht. Damit wird vermieden, dass Unternehmen für die Archivierung eigene Unterdialekte von PDF erzeugen. Anwender können

hingegen sicherstellen, dass ihre Dokumente auch über Jahre lesbar bleiben, wenn sie im PDF/A-Format abgespeichert werden. In Deutschland ist das Verwenden von PDF/A als Langzeitarchivierungs-Standard bislang nicht zwingend vorgeschrieben. Fachleute gehen aber davon aus, dass dies nur noch eine Frage weniger Jahre ist.

In Deutschland ist PDF/A noch nicht Standard

Ein entscheidender Vorteil des Formates ist seine universelle Einsatzfähigkeit. Sowohl für gescannte Dokumente als auch für vektorisierte Dateien oder beispielsweise Office-Dokumente und CAD-Zeichnungen kann einheitlich PDF/A genutzt werden. Es ist dabei nicht notwendig, beispielsweise Word-Dateien zunächst in TIFF gerastert zu speichern, sondern der Anwender kann sie direkt ins PDF/A-Format konvertieren und hat sie dann immer noch vektorisiert und trotzdem revisionssicher abgelegt.

Die Erstellung von PDF/A-Dokumenten ist allerdings mit erhöhtem Aufwand verbunden: Während der Anwender für das Erzeugen herkömmlicher PDFs aus zahlreichen Freeware-Tools wählen kann, benötigt er für den ISO-Standard verlässliche Werkzeuge, die immer mehr Hersteller anbieten.



Baupläne: Gibt's auch im Format PDF/A.

FOTO BILDERBOX

Sogenannte Validatoren, die vor der Einstellung in das elektronische Archiv prüfen, ob es sich wirklich um ein PDF/A handelt, sorgen für eine einheitliche Qualität.

Der Einsatz solcher PDF/A-Validatoren empfiehlt sich daher überall dort, wo die Qualität von PDF/A-Dokumenten überprüft werden soll. Anwender haben damit die Gewissheit, dass ihre PDF/A-Dateien auch wirklich dem ISO-Standard für Langzeitarchivierung entsprechen.

Die Stadt Innsbruck nutzt als Validator ein Programm des deutschen Anbieters Callas software GmbH, den „pdfa-Pilot“. Damit ergänzt sie ein bereits eingesetztes Werkzeug für die Erstellung normaler PDF-Dateien, den gDoc PDF Server von Global Graphics Software. Jene nutzen die Beschäftigten der Stadtverwaltung, um Dokumente ins PDF-Format zu konvertieren und diese dann zentral bereitzustellen beziehungsweise zu verwalten. Werden

Dateien im PDF/A-Format benötigt, wird am Ende des Workflows der pdfa-Pilot automatisiert aktiviert. Dieser wandelt das Dokument anschließend in ein ISO-konformes PDF/A-Dokument um.

Typisches Einsatzgebiet in Innsbruck ist das Erstellen von Dokumenten für die Plansignatur – beispielsweise bei Bauplänen. „Diese müssen im PDF/A-Format vorliegen“, erklärte Michael Tobisch vom Amt für Information und Or-

ganisation in Innsbruck. Hierzu wandelt der pdfa-Pilot das Dokument in das PDF/A-Format um, anschließend wird die Signatur über einen Webservice eingefügt.

Auch in Office-Anwendungen erstellte PDFs, interaktive Formulare, Rechnungen, technische Dokumentationen, Präsentationen, Zeitungen oder Bücher lassen sich so langfristig und sicher im neuen Format ablegen.

> FRANK ZSCHEILE

Österreichs Hauptstadt setzt auf die elektronische Verwaltung

Ambitionierte Online-Stadt

Österreichs Hauptstadt Wien arbeitet an einer Strategie zur weiteren Öffnung von Verwaltungsdaten für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Mit der Erarbeitung dieser Open Government-Strategie ist der Chief Information Officer (CIO) der Stadt Wien, Johann Mittheisz federführend befasst. „Die Stadt Wien sagt Ja zu Open Government. Noch im ersten Halbjahr werden wir neue Initiativen der Stadt präsentieren“, kündigt die zuständige Stadträtin Sandra Frauenberger an.

Der E-Government-Europameister

Open Government steht für die Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft. Öffentliche Verwaltung und öffentliche Daten sind auf europäischer und nationaler Ebene wichtige IKT-strategische Themen. Auch die Wiener Stadtregierung hat sich im Regierungsjahresprogramm vom November 2010 zu Open Government und Open Data bekannt.



IT-mäßig auf Zack: Wien.

FOTO BILDERBOX

Schon derzeit hat die Stadt Wien ein umfassendes E-Government-Angebot mit fast 600 AmtshelferInnenseiten und auch einer Reihe von Electronic Services. So gibt es zum Beispiel mehr als 180 Online-Antragsmöglichkeiten oder einen Stadtplan mit 127 Layers – das sind fachspezifische Inhalte wie zum Beispiel die Kennzeichnung von Apotheken, Kindergärten oder Einbahnen. „Das Open-Government-Angebot

wird ständig erweitert und auf der Internetplattform wien.gv.at zur Verfügung gestellt. Dabei werden auch internationale und nationale Erfahrungen berücksichtigt.

Die Stadt Wien hat damit einen wesentlichen Beitrag geleistet, dass Österreich 2010 bereits zum wiederholten Male E-Government-Europameister wurde“, freut sich der Open Government-Beauftragte Johann Mittheisz. > BSZ

Gütesiegel für den E-Brief der Deutschen Post

Der E-Postbrief der Deutschen Post hat vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) das Zertifikat nach ISO 27001 erhalten. Mit diesem Zertifikat bescheinigt das BSI, dass der E-Postbrief die Sicherheitsanforderungen der internationalen ISO-Norm erfüllt und die Überprüfung der technischen Aspekte nach IT-Grundschutz bestanden hat.

Das Sicherheitszertifikat gilt für den sogenannten E-Postbrief Kern, das heißt für die komplette Portalanwendung des E-Postbriefs. Alle Anwendungen, die ein registrierter Benutzer am Bildschirm durchführen kann, sind nach der erweiterten ISO-Norms sicher getestet. Unter anderem sind das Aktionen zum Empfangen und Versenden von E-Postbriefen, die Änderung der persönlichen Daten, das Nachschlagen im Adressverzeichnis und weitere Aktionen.

Das BSI-Zertifikat erhalten nur Produkte, die durch einen vom BSI zugelassenen Auditor geprüft wurden. Dieser bestätigt die Umsetzung der IT-Sicherheitsmaßnahmen und eines Managementsystems für Informationssicherheit (ISMS). Dazu gehören auch Dokumentationen und Berichte. > IV

Innovatives Projekt in Augsburg

Der E-Dienstausweis

Im Landratsamt Augsburg ist mit dem multifunktionalen Dienstausweis ein innovatives IT-Projekt vorgestellt worden. Der multifunktionale Dienstausweis kann einiges: Zeiterfassung, Zutrittskontrolle, Login am System, Digitale Signatur, E-Mail-Verschlüsselung, Sichtausweis. Diese und weitere Informationen passen nun auf eine Chipkarte.

Dazu kommt auch noch Single Sign-On. Das bedeutet, dass sich ein Nutzer nur einmal anmelden

muss und damit auf alle Rechner und Dienste Zugriff hat, zu denen er zugangsberechtigt ist. Das heißt: Zeitersparnis, Arbeitsvereinfachung und Sicherheitsgewinn.

Den ersten multifunktionalen Dienstausweis bekam Landrat Martin Sailer (CSU). Ab Mai sollen die neuen Dienstausweise an die ersten Mitarbeiter im Landratsamt Augsburg verteilt werden. Bis Ende 2012 sollen dann alle flächendeckend mit den neuen Ausweisen versorgt sein. > IV

Bayern nimmt am IT-Gipfel der Bundesregierung teil

Mobile Gesellschaft im Fokus

Mobile Gesellschaft lautet das Motto, unter dem sich der Freistaat Bayern, die bayerische IT-Branche und IT-Anwenderindustrie auf dem 6. IT-Gipfel der Bundesregierung präsentieren wird. „Wir werden das Leitthema aufgreifen und die Leistungsfähigkeit des IT-Standortes Bayern und die Bedeutung der Informationstechnik für Wirtschaft und Gesellschaft eindrucksvoll präsentieren“, sagte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) bei der konstituierenden Sitzung der bayerischen Arbeitsgruppe für den IT-Gipfel.

Der IT-Gipfel ist ein Spitzentreffen von Politik, IT-Wirtschaft und IT-Anwenderbranche. Er findet Anfang Dezember in München statt. Alle Aspekte der Informations- und Kommunikationstechnologie, angefangen von Wirtschaft- und Rechtsfragen bis hin zu gesellschaftlichen Herausforderungen, stehen dort im Mittelpunkt. Podiumsdiskussionen, hochrangige Fachforen, Pressekonferenzen, Ausstellungen und ein Abschlussplenum mit Bundeskanzlerin Angela Merkel kann die Branche nutzen, um ihre spezifi-

schen Anliegen an die Bundespolitik und die Öffentlichkeit zu transportieren.

Bayern als gastgebendes Bundesland beteiligt sich am IT-Gipfel mit einer eigenen Arbeitsgruppe. Sie besteht aus Industrievertretern (Allianz, BMW, G&D, Fujitsu, Infineon, Intel, NokiaSiemensNetworks, O2, Siemens, T-Systems) und Vertretern von Wissenschaft und Forschung (LMU, TU München und Fraunhofergesellschaft).

Die bayerische Arbeitsgruppe steht unter dem Vorsitz von Minister Zeil und Siemens-Forschungschef Reinhold Achatz. Sie ist überzeugt, mit dem Motto Mobile Gesellschaft die besonderen Stärken und Entwicklungspotenziale der beteiligten Unternehmen, Lehrstühle und Forschungseinrichtungen darstellen zu können. Ziel ist es, übergreifende Projekte und Anwendungsbeispiele zu erarbeiten und beim Gipfel zu präsentieren. „Unsere Themenwahl ist zukunftsweisend. Sie zeigt die Relevanz der großen Trends der Informationstechnik für die Gesellschaft im 21. Jahrhundert“, bekräftigt Reinhold Achatz. > BSZ

Telecomputer

Erfahrung seit 1977: Vertrauen auch Sie darauf!

Unser Schwerpunkt sind kostengünstige, flexible Lösungen für das Straßenverkehrs- bzw. Bürgeramt sowie Wohngeldbehörden.

Ergänzend bieten wir zahlreiche eGovernment-Entwicklungen und -Services zum Vorteil von Kommune und Bürger.

eGovernment für Bürger: neuer Personalausweis nPA • Wunschkennzeichen-Reservierung • Bürgerzulassung • Händlerzulassung • Bankbriefauskunft • Feinstaubplakette • Terminverwaltung • Bewohnerparkausweis

eGovernment für die Zulassungsstelle: Kfz-Zulassung im Bürgerbüro (Adressänderung, Außerbetriebsetzung) • Auskünfte (Polizei, Sozialamt, Bußgeldstellen) • Zugriff auf die Daten des KBA (ZEVIS)

Webbasierte Ergänzungen zum Zulassungsverfahren:

Erweiterte Zuständigkeit • multidirektionale EWO-Schnittstelle • online-Gutachtenabruf TÜV und DEKRA • zahlreiche online-Schnittstellen-Module

Telecomputer GmbH, Johannisstr. 31-33, 50226 Frechen • www.telecomputer.de • info@telecomputer.de